75. Jahrgang. Nr. 227

Sonnabend, 16. Mai 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 90 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. (einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Papst verurteilt den Sozialismus

Eine Enzyklika zur sozialen Frage

Rom, 15. Mai. Anläßlich der 40. Wiederkehr des Jahrestages der Herausgabe der Enzyklika „Rerum novarum" durch Leo XIII. hat Papst Pius XI. eine neue Enzyklika zur sozialen Frage erlassen. Das Rundschreiben, nach den ersten Worten „Quadragesimo anno" geheißen, enthält drei Hauptteile. Im ersten würdigt der Papst die Bedeutung der „Rerum-novarum"-Enzyklika für die Ausbildung einer Gesellschafts- und Wirtschaftslehre nach katholischen Grundsätzen. Im zweiten Teil werden die heutigen Zeitverhältnisse einer besonderen Berücksichtigung unterzogen. Die Kirche habe nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, auch in soziale Fragen einzugreifen. Das Rundschreiben bestätigt die Eigentumslehre der Kirche. Ueber

das Verhältnis von Kapital und Arbeit

ist erklärt, daß keiner von beiden Teilen den Gesamtertrag ihres Zusammenwirkens beanspruchen könne. In der Vergangenheit, so wird ausgeführt, ergab sich zwischen Kapital und Arbeit zweifellos ein zu starkes und ungerechtes Mißverhältnis. Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Ueberreicher zusammengeballt, aber auf der anderen Seite eine unabsehbare Masse von Barlohnarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeit. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerläßlich, in der Form, daß der gemeinsame Ertrag von Kapital und Arbeit mehr der Billigkeit entsprechend verteilt wird. Damit kommt die Enzyklika zu der von Leo XIII. so dringend verlangten

Entproletarisierung der Proletarier.

„Die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse innerhalb der Menschheitsfamilie ist vom Schöpfer in dieser Weise absichtlich gewollt und kann nie verschwinden. Aber dauernde Proletarisierung kann nicht der Regelzustand sein für den größeren Teil der Menschheit. Allmählich muß die besitzlose Lohnarbeiterschaft zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangen können. Dieses Ziel ist in der bestehenden Ordnung der Dinge nur erreichbar im Wege gerechter und angemessener Löhne. Dem rechtschaffenen Arbeiter muß die Lohnhöhe nicht allein die Bestreitung seiner ehrbaren eigenen Lebenshaltung, sondern auch seiner Familienlast ermöglichen und ihm überdies gestatten, seine Lage in der bezeichneten Weise mit Erfolg zu verbessern.

In diesem Zusammenhange zeichnet der Papst dann die allgemeinen Umrisse einer

Neuordnung der Gesellschaft nach den Geboten der Gerechtigkeit.

An Stelle des Klassenkampfes müsse sich die Welt zur einträchtigen Zusammenarbeit der Stände emporarbeiten. Die Arbeit darf nicht auf die Stufe einer beliebigen Ware gestellt werden. Es ist vielmehr in ihr immer die Menschenwürde des Arbeiters zu achten.

Im Schlußteil endlich gibt der Papst einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige Lage des herrschenden Wirtschaftssystems. Ohne es an und für sich als schlecht zu verwerfen, kennzeichnet er es doch als stark mißbildet und an schweren Gebrechen krankend. Die allzuoft zügellose Konkurrenzfreiheit sei abgelöst worden durch die maßlose Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, nicht bloß innerhalb einzelner Volkswirtschaften, sondern wirklicher Weltmacht in den Händen ganz weniger Menschen, eine Machtanhäufung, die zur rücksichtslosen Willkürherrschaft entarte. Die einzig wirksame Abhilfe gegen diese Verkehrung bestehe in der Rückkehr zu den gediegenen Grundsätzen christlicher Gesellschaftslehre und ihrer Wirkung auf das Kapital, die Arbeit und deren wechselseitigen Beziehungen.

Der Sozialismus

habe seit der Zeit Leo XIII. tiefgehende Wandlungen durchgemacht und sich in zwei Richtungen gespalten. Die eine Richtung unter dem Namen Kommunismus führte die sozialen Grundsätze bis zu ihren äußersten Folgerungen durch. Ihre völlige Unvereinbarkeit mit der Lehre der Kirche steht außer jeder Erörterung. Die andere Richtung, die den Namen Sozialismus führt, habe vielfach starke Abstriche an ihrem Programm vorgenommen und sei in einer Reihe von Punkten mehr oder weniger den katholischen sozialen Prinzipien nahegekommen.

Trotzdem erklärt der Heilige Vater: Man kann nicht gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist sein.

Er beschwört deshalb zum Schluß alle jene, die von trügerischen Hoffnungen genährt ins Lager des Sozialismus übergegangen sind, zur alsbaldigen Rückkehr zur katholischen Kirche.

•

Die in Rom zusammengeströmten Pilgerscharen aus 18 verschiedenen Ländern sind heute im Damasushof des Vatikans vom Papst in Audienz empfangen worden. Kurz nach 5 Uhr erschien Pius XI. in Begleitung von 21 Kardinälen und zahlreichen Erzbischöfen und Bischöfen und bestieg den Thronsessel. Die Sitzung, der auch das gesamte Diplomatische Korps beiwohnte, nahm einen sehr feierlichen Verlauf. In 1½stündiger Ansprache begrüßte der Papst in italienischer, deutscher und französischer Sprache die Pilger, deren zahlreiches Erscheinen für ihn ein Beweis der engen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstelle. Seine Ermahnungen faßte er zusammen in die drei Worte: Gebet, Tat und Opfer. Das seien die Leitsterne für das soziale Apostolat.

Was sagt das Zentrum dazu?

Den Ausführungen des Papstes zur sozialen Frage kann man auch vom evangelischen Standpunkt aus uneingeschränkt beipflichten. Eine andere Frage ist es, ob sie bei der politischen Partei des Katholizismus in Deutschland die Wirkung haben, die notwendig wäre, damit eine den päpstlichen Grundsätzen entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitik getrieben werden kann. Denn die Lehren des Heiligen Stuhles bleiben blasse Theorie, solange das Zentrum mit den von Pius XI. nun ebenso scharf wie von Leo XIII. verurteilten marxistischen Kirchenfeinden durch dick und dünn geht und die ebenfalls auf christlicher Weltanschauung fundierten politischen Kräfte der Rechten nach Möglichkeit von der Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte fernhält. Natürlich wird sich das Zentrum auch den Ermahnungen der neuen Enzyklika gegenüber wieder darauf hinausreden, daß seine Koalition mit dem Sozialismus keine weltanschauliche Verschmelzung sei, sondern nur ein zeitlich befristetes politisches Zusammengehen. Aber der ganze Inhalt der päpstlichen Sozialiehre entzieht solchen Ausflüchten den Boden; denn sie lehrt klar und eindringlich, daß durch Paktieren mit dem marxistischen Klassenkampfgedanken keine echte Wohlfahrt, weder für die Wirtschaft noch für die Arbeiterschaft, zu erreichen ist. Ob das Zentrum diesen Wink verstehen wird?

Die Debatte über die Zollunion hinausgeschoben

Starker Druck auf Deutschland

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 15. Mai. Ueber zwei Stunden hat heute nachmittag die große Unterredung der Außenminister Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens im Hauptquartier der Engländer gedauert. Es ist kein Geheimnis, daß hierbei schon Fragen grundsätzlicher Art eine erhebliche Rolle spielten, obgleich es so hingestellt wird, als habe man sich lediglich über die formale Seite, also über die Methode, unterhalten, wie man die Europafrage zeitlich auf Rat und Europa-Ausschuß verteilen will. Jedenfalls steht fest, daß morgen im Europakomitee die Generaldiskussion lediglich über die europäische Wirtschaftskrise eröffnet werden soll, und daß

die Behandlung der Zollunionsfrage — sowohl im Rat wie im Europakomitee — auf Anfang nächster Woche zurückgestellt ist.

Man will offenbar die alte Taktik wieder versuchen, die deutschen Fragen nach und nach auf den Schluß der Tagung zusammenzudrängen, um uns dann wieder unter den Druck der Zeit zu setzen. Außerdem vermeidet man so eine gesonderte Aussprache über die Zollunion unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Europa-Ausschuß. Hat sich in der nächsten Woche erst auch der Völkerbundsrat mit diesem Problem befaßt, so ist es nicht mehr möglich, die wirtschaftliche Seite unbeeinflußt zu diskutieren.

Dieser Anfang ist wenig erfreulich.

Unverständlich bleibt es dabei, daß die deutsche Presse über die Bedeutung dieser ersten Aussprache der vier Minister bis zu dieser Stunde noch im Unklaren gelassen wird, während Briand ganz offen erklärte, daß die drei großen Wirtschaftspläne Deutschlands, Frankreichs und Italiens verhandelt worden sind. Ueber die Rechtsfrage bezüglich der Uebereinstimmung des deutsch-österreichischen Zollprotokolls mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922 würde ein Rechtsgutachten vom Haager Gerichtshof eingeholt werden.

Die Telegraphen-Union weiß zu berichten, daß am Sonnabend bereits von deutscher Seite in einer größeren Rede auch die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den wirtschaftspolitischen Problemen Europas dargelegt werden wird, in diesem Zusammenhang auch das Ziel und das Wesen des deutsch-österreichischen Zollabkommens. Es wird angenommen, daß der Europäische Ausschuß einen Sonderausschuß einsetzen wird, in dessen Händen die weitere Prüfung der verschiedenen vorliegenden Pläne liegen soll.

Dr. Curtius ist nach der Aussprache mit den drei Außenministern sofort zu Schober gegangen, während Henderson im Anschluß daran den Quertreiber Benesch empfing. Man hört immer wieder, daß England einen starken Druck hinter seine sogenannte „Vermittlungsaktion" setzt, einen Druck, der auch schon auf Oesterreich ausgeübt worden ist, dessen Position durch den großen Bankkrach geschwächt erscheint.

Weitere Meldungen über die Genfer Verhandlungen auf Seite 3

Englands Krise

Von unserem Londoner Korrespondenten

Das heutige England ist nicht mehr das „Merry old England" vergangener Tage. Freilich, die ganze Welt ist nicht mehr die Welt der Vorkriegszeit. Aber England ist ein „Siegerstaat", und England allein unter den Siegerstaaten steht den veränderten Verhältnissen völlig hilflos gegenüber und weiß sich der neuen Lage nicht anzupassen. Industrie und Handel liegen danieder. Die Arbeitslosigkeit ist ein chronisches, immer weiter um sich greifendes Uebel. Britisches Prestige ist gesunken. Das Zentrum der Weltfinanz ist nicht länger London, sondern Neuyork. Die britische Vorherrschaft zur See ist dahin, oder besteht doch, wenn man die englischen und amerikanischen Seestreitkräfte mit dem Zollstock genau abmessen will, nur noch in einer kaum mehr wahrnehmbaren Spanne Vorsprungs.

„John Bull" ist nicht länger der kraftstrotzende, unabhängige Herrenmensch, der satt und unbekümmert in „splendid isolation" auf seiner Insel thronte und sich für den Mittelpunkt der Welt hielt. Er ist ein sorgenvoller Neurastheniker, der ängstlich über den Kanal und den Atlantik hinüberschielt und sich bang die Frage stellt: Was wird jetzt kommen? Sicher wieder einmal nichts Gutes. Es ist kein Geld im Lande. Wenigstens nicht unter den Massen und nicht nach den üppigen Begriffen der Vergangenheit. Man ist so weit gekommen, daß man Leute mit Geld heranzuziehen sucht und etwas tut, das man noch vor zehn Jahren stolz als einer großen Nation unwürdig zu tun verschmäht hätte: man wirbt eifrig und planmäßig um den Besuch des einst verachteten Ausländers und sucht durch Schaffung einer für England neuen Industrie, der Fremdenverkehrsindustrie, eine Einnahmequelle zu erschließen.

Zu den inneren Verfallserscheinungen kommen die äußeren. Das britische Empire ist nicht mehr das, was es war. Die Welt fragt nicht mehr: Was sagt London? Namentlich Paris geht vor, als ob London keine Karte mehr auszuspielen habe. Irland hat sich abgesondert. Aegypten rüttelt an seinen Ketten. Indien fordert immer ungestümer Unabhängigkeit und das Recht auf Sezession. Die Bande zwischen Dominien und Mutterland lockern sich von Jahr zu Jahr mehr. Eine schwache Regierung und ein in kleinlichem Parteihader seine Kräfte zersplitterndes Parlament sehen dem fortschreitenden Zerstörungsprozeß rat- und tatlos zu.

Kein Zweifel: England befindet sich auf abschüssiger Bahn. Die Einsicht, daß bald etwas geschehen muß, um die Abwärtsbewegung aufzuhalten und eine Katastrophe zu verhindern, bemächtigt sich immer weiterer Kreise. Sogar der alte Trost, daß England sich früher schon, besonders während des Krieges, in scheinbar hoffnungsloser Lage befunden hat und immer wieder siegreich aus allen Nöten hervorgegangen ist, beginnt seine Stärkungskraft zu verlieren. Man fühlt: die gegenwärtige Not geht tiefer und bedarf mehr radikaler Abhilfsmittel als alle früheren Nöte, deren Ueberwindung zum großen Teil unerwarteten äußeren Geschehnissen zu verdanken war. Nur eine von innen heraus sich vollziehende, aus Englands eigensten sittlichen Aktivbeständen gespeiste, von allen Klassen Opfer verlangende nationale Kraftanstrengung größten Ausmaßes kann die Rettung bringen. Verfügt England über diese sittlichen Aktivbestände? Man darf wohl sagen, daß sie, wenn auch vorläufig mehr oder weniger verborgen, vorhanden sind, und damit scheint die schließliche Ueberwindung der Krise verbürgt. Die Engländer sind von Natur ein tüchtiger, gesunder Menschenschlag. Der unbestrittene Platz an der Sonne, den sie dank geographischer und geschichtlicher Vorzugsverhältnisse ein Jahrhundert lang und mehr eingenommen haben, hat sie etwas träge und selbstzufrieden gemacht und ihnen die geistige Spannkraft und das Anpassungsvermögen weniger begünstigter Völker vorenthalten. Die alte Vorzugsstellung ist dahin. Der Krieg hat damit endgültig aufgeräumt. England beginnt einzusehen, daß es keinen Zweck hat, länger auf die automatische Wiederkehr der schönen alten Zeit zu warten. Es beginnt, sich auf die neue Zeit einzustellen. Aber auch das tut es vorläufig noch rein gedankenmäßig. Noch überlegt es sich, was zu tun sei, und die Ratschläge kommen von allen Seiten.

Die Kirche rät, wohl als Vorbereitung auf Taten, zum Gebet. Der Erzbischof von York, der Erzbischof von Armagh, elf weitere Bischöfe und der Präsident der Nonkonformistengemeinde von England und Wales haben in Botschaften an den Klerus angeordnet, daß in den Kirchen und Kapellen unter Benutzung des 23. Psalms für die Rückkehr der Prosperität gebetet wird. „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln", tönt es am Sonntag von allen Kanzeln des Landes. Nationalökonomen raten zur Reorganisation der Industrie und zur Anwendung neuzeitlicher Exportmethoden, zu intensiver Propaganda im Ausland und zur Anpassung an die Wünsche des Kunden. In Reden, Leitartikeln und Zuschriften an die Presse werden alle möglichen und unmöglichen, zum Teil sich widersprechen-